



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 17.06.2026 – Auszug aus Drucksache 19/12540 –

Frage Nummer 11 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN)	Ich frage die Staatsregierung, ob ihr Erkenntnisse über geplante Proteste bzw. Protestaufrufe gegen Christopher Street Days (CSDs) sowie andere Veranstaltungen im Pride Month in Bayern vorliegen, wo diese verbreitet werden und von wem sie ausgehen?
--	--

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Zentrale Aufgabe des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz (BayLfV) ist die Beobachtung von verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Dazu gehört unter anderem auch die Beobachtung von Veranstaltungen, die durch Extremisten initiiert werden oder an denen sie teilnehmen. Dieser gesetzliche Auftrag des BayLfV enthält hingegen nicht die Verpflichtung, jegliche Veranstaltungen und Versammlungen lückenfrei zu dokumentieren oder statistisch zu erfassen.

Bezugnehmend auf die Fragestellung wurde der folgende Aufruf bekannt:

Auf dem Telegram-Kanal der Nationalen Jugend, der Jugendorganisation der rechtsextremistischen Partei NPD (2023), wurde zum Thema „Stolzmonat“ ein Beitrag veröffentlicht, der sich explizit gegen den „Pride Month“ richtet. In dem Telegram-Beitrag wird auf das Thema „Stolzmonat“ aufmerksam gemacht und angekündigt, dass „in den kommenden Wochen zahlreiche patriotische Aktionen stattfinden, wie Gegenproteste gegen CSDs.“ Zudem verweist das Posting auf den NPD-Materialdienst, welcher entsprechendes Material zum Verkauf bereitstellt.

Eine Mobilisierung oder Aufrufe von rechtsextremistischen Beobachtungsobjekten des BayLfV zu konkreten Gegenveranstaltungen und -versammlungen konnten in Bayern bislang nicht festgestellt werden. Da bereits in der Vergangenheit entsprechende Aktionen stattgefunden haben, beobachtet das BayLfV die rechtsextremistische Szene im Hinblick auf derartige Planungen genau.

Darüber hinaus wird auf die grundsätzlichen Ausführungen zum Thema Queerfeindlichkeit und Agitationen gegen den „Pride Month“ durch Rechtsextremisten im Verfassungsschutzbericht Bayern 2025, S. 168 f. verwiesen.